

## **ANTRAG**

**der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

### **NPD-Verbotsverfahren baldmöglichst einleiten**

Der Landtag möge beschließen:

Gemäß Artikel 21 Abs. 2 GG ist eine Partei verfassungswidrig, die „nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgeht, die freiheitliche-demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen“. Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ist eine Partei nicht schon dann verfassungswidrig, wenn sie einzelne Bestimmungen, ja ganze Institutionen des Grundgesetzes ablehnt. Sie muss vielmehr die obersten Werte der Verfassungsordnung verwerfen, die elementaren Verfassungsgrundsätze, die die Verfassungsordnung zu einer freiheitlichen demokratischen machen, Grundsätze, über die sich mindestens alle Parteien einig sein müssen, wenn dieser Typus der Demokratie überhaupt sinnvoll funktionieren soll (BVerfGE 5, 85, Rz. 249).

Die NPD dokumentiert immer wieder, dass sie die obersten Werte der Verfassungsordnung verwirft und darauf ausgeht, die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen. Sie strebt mit aggressiv-kämpferischen Mitteln die Abschaffung unseres demokratischen Rechtsstaats an. Das Bundesverfassungsgericht (BVerfGE 5, 85) stellte klar, dass eine aktiv kämpferische, aggressive Haltung nicht identisch ist mit dem Tatbestand konkreter Gewalttaten. Relevant sei vielmehr die dauerhafte Absicht der Partei, die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu bekämpfen: „Sie muss außerdem so weit in Handlungen (das sind u. U. auch programmatische Reden verantwortlicher Persönlichkeiten) zum Ausdruck kommen, dass sie als planvoll verfolgtes politisches Vorgehen der Partei erkennbar wird.“ Nach Überzeugung aller vier im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern vertretenen demokratischen Fraktionen hat die NPD-Landtagsfraktion diese aggressiv-kämpferische Haltung in den vergangenen sechs Jahren mehrfach in aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht.

Nicht nur in Reden auf Versammlungen vor eigenen Anhängern sondern auch im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern und damit in aller Öffentlichkeit stellen Abgeordnete der NPD das Grundgesetz und die Existenz unseres demokratisch verfassten Staatswesens infrage. Das ist auch an parlamentarischen Reden ablesbar:

1. Zur Bekämpfung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung

Die NPD will unser demokratisches System abschaffen und durch einen „völkischen“ Staat ersetzen. Die NPD stellt damit eine Gefahr für unser demokratisches Gemeinwesen dar.

2. Volksverhetzende Äußerungen

Die NPD propagiert im Landtag ihre rassistische und antisemitische Weltansicht. Damit bereitet sie den Nährboden für fremdenfeindliche Übergriffe.

3. Reden, die die europäische Idee diffamieren

Die europäische Idee und die Institutionen der EU werden als „volksfeindliche EU-Diktatur“ und „Verknechtung“ des deutschen Volkes diffamiert.

Mecklenburg-Vorpommern hat seine wirtschaftliche Entwicklung ganz wesentlich auch der Unterstützung aus Brüssel zu verdanken. Die NPD schadet mit ihren Diffamierungen der Einbindung unseres Bundeslandes in Europa.

Die rassistischen und fremdenfeindlichen Äußerungen der NPD führen auch dazu, dass das Bild des Auslandes von unserem Bundesland und seinen Bürgern Schaden nimmt. So ist es kaum möglich, Mecklenburg-Vorpommern glaubwürdig als weltoffen und tolerant darzustellen. Investoren, ausländische Fachkräfte und potenzielle Gäste werden abgeschreckt. Unsere Tourismuswirtschaft - Hotels, Pensionen, Gastronomie und alle damit verbundenen Unternehmen leiden darunter, wenn Ausländer befürchten müssen, hier nicht von allen erwünscht zu sein.

Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern wird Extremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit weiterhin mit einem Bündel konkreter Maßnahmen entschlossen bekämpfen.

Zwar werden rechtsextreme Denkmuster und Gesinnungen mit einem Parteiverbot nicht einfach verschwinden. Ein Parteiverbot hätte aber das Ende der staatlichen finanziellen Unterstützung, den Wegfall von Propagandaplattformen, den Verlust des Parteivermögens, der Parteilokale, der Parteizeitungen und sämtlicher Organisationsstrukturen zur Folge. Zudem könnte die NPD weder bei Wahlen antreten, noch die Vorteile des Partei-Status bei der Anmeldung von Demonstrationen nutzen.

Der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern begrüßt daher ausdrücklich die Bemühungen um eine baldmögliche Einleitung eines Verfahrens zum Verbot der rechtsextremen NPD.

**Dr. Norbert Nieszery und Fraktion**

**Vincent Kokert und Fraktion**

**Helmut Holter und Fraktion**

**Jürgen Suhr und Fraktion**

**Begründung:**

Die NPD verfolgt verfassungsfeindliche Ziele. Nach ihrem Programm, ihrer Vorstellungswelt und ihrem Wirken weist die NPD seit ihren Anfängen eine Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus auf. Wesentliche Bestandteile der Parteiideologie sind Fremdenhass und Rassismus. Sie verstand und versteht sich nach wie vor als Protest gegen die angebliche „propagandistische Verfälschung der deutschen Geschichte“. Die NPD missachtet die Menschenrechte durch die antisemitische, rassistische und fremdenfeindliche Ausrichtung ihrer Parteiideologie. Sie bekämpft das Mehrparteienprinzip und die Chancengleichheit der Parteien und damit die Grundprinzipien der freiheitlichen und demokratischen Verfassung und des Parlamentarismus. An die Stelle der Demokratie will sie ein totalitäres Herrschaftssystem des „völkischen Kollektivismus“ setzen. Ihre geschichtsrevisionistische Propaganda, mit der die Verbrechen des Nationalsozialismus relativiert werden und mit der die Kriegsschuld Deutschlands infrage gestellt wird, verletzt eklatant den Grundsatz der Völkerverständigung.

Zu 1.) Äußerungen zur Diffamierung und Abschaffung der Demokratie:

- Udo Pastörs, 31. Sitzung, 13. Dezember 2007:  
„Innenminister Caffier, Sie liefern uns ja in ausreichendem Maße Indizien für Ihr grundgesetzwidriges Handeln. Ihr Übereifer verführt Sie, bis in die Nähe der Anstiftung zur Rechtsbeugung zu gehen ...“
- Stefan Köster, 41. Sitzung, 25. April 2008:  
„... Diktat der BRD-Systemparteien ...“, „... nach Führerprinzip geherrscht ...“, „... nach des Innenministers Führerbefehl ...“
- Udo Pastörs, 54. Sitzung, 23. Oktober 2008:  
„Was wir heute erleben, könnte das Finale einer untergehenden Zeit und der Anfang vom Ende Ihres morschen Systems sein, meine Herrschaften.“
- Udo Pastörs, 54. Sitzung, 23. Oktober 2008:  
„Das System, das sich BRD nennt, ist irreparabel. Lasst uns diese ganze verfaulte Republik unterwühlen. Und wir haben ja schon auch den einen oder anderen politischen Tunnel gegraben, um dieses Konstrukt der Siegermächte zum Einsturz zu bringen.“
- Udo Pastörs, 54. Sitzung, 23. Oktober 2008:  
„... eine durch uns in Gang gesetzte Verhaftungswelle...ausweiten, auch auf Politkriminelle, die im Zusammenwirken mit der Finanzmafia als Volksschädlinge ebenso hinter Gitter gehören ...“

- Michael Andrejewski, 55. Sitzung, 19. November 2008:  
„... Machen Sie sich klar ... mit Ihrer Zuarbeit und Ihrem Geld bekämpfen wir Sie vor Gericht!“
- Udo Pastörs, 72. Sitzung, 17. Juni 2009:  
„... Sie haben das schon richtig im Wirtschaftsausschuss erkannt, als Sie ... die Gegenfrage stellten, ob die NPD nun auch noch die Systemfrage stellen wolle. Die Antwort habe ich Ihnen gegeben: Ja selbstverständlich wollen wir diese ...“
- Raimund Borrmann, 81. Sitzung, 18. November 2009:  
„In der mitteleuropäischen Bundesrepublik, zur Zeit noch Deutschland genannt, regieren Tanten und Tunten“
- Udo Pastörs, 88. Sitzung, 29. Januar 2010:  
„Das demokratische Pingpongspielen wird zu Ende gehen, schneller als Ihnen lieb ist ... Das System hat keine Fehler. Das System, wie es real existiert, ist der Fehler selbst ...“
- Udo Pastörs, 96. Sitzung, 9. Juni 2010:  
„Meine Damen und Herren, das Gesetz zur Neuordnung der Landespolizei in Mecklenburg-Vorpommern ist ein weiterer Sargnagel des Systems ... Ihrem Gesetzentwurf müssten wir eigentlich zustimmen, damit Ihr System schneller begraben werden kann.“
- Tino Müller, 103. Sitzung, 16. September 2010:  
„Als Schutzherrin für Kinderschänder könnte man auch das Justizministerium von Mecklenburg-Vorpommern unter der Führung von Frau Kuder bezeichnen.“
- Michael Andrejewski, 109. Sitzung, 19. November 2010:  
„Das ist ein mieser Asozialenstaat. Und mit jeder Ungerechtigkeit akkumulieren Sie Unzufriedenheit, bis Ihnen diese Unzufriedenheit einfach mal um die Ohren fliegt, bumm!“
- Tino Müller, 4. Sitzung, 17. November 2011:  
„... wir setzen uns nach wie vor für eine Streichung des Grundrechts auf Asyl ein...“
- Udo Pastörs, 8. Sitzung, 1. Februar 2012:  
„... dass alle Bundespräsidenten - mit Ausnahme von Theodor Heuss... - bis Richard von Weizsäcker Mitglied der NSDAP gewesen sind und meist glühende Anhänger von Adolf Hitler waren ...“

## Zu 2.) Äußerungen mit volksverhetzendem Charakter:

- Tino Müller, 4. Sitzung, 17. November 2011:  
„Für mich ist das, was Sie hier vorhaben, ein eiskalt geplanter Bevölkerungsaustausch.“
- Raimund Borrmann, 39. Sitzung, 23. April 2008:  
„Ganze Landstriche werden nach dem Modell Ostvorpommern in Siechtum verfallen, sich in Wüstungen verwandeln, in denen Vagabunden und Landstreicher ums Überleben kämpfen werden...fremde Völkerschaften (werden) in unsere entkräfteten Gaue einfallen und uns das Letzte nehmen. Das ist das ungeschminkte Bild unserer blutleeren Zukunft...“
- Udo Pastörs, 61. Sitzung, 29. Januar 2009:  
„... ich glaube, dass die Zeit längst überreif ist, ohne Rücksicht auf die Gefahr hin, mit der Auschwitzkeule mundtot gemacht zu werden, dem menschenverachtenden Zionismus offen den Kampf anzusagen, denn ohne das weltumspannende Netz dieser prozionistischen Internationale mit ihrem Machtzentrum in den Vereinigten Staaten von Nordamerika wäre ein über Jahrzehnte völkerrechtswidriges Agieren Israels praktisch unmöglich“.
- Udo Pastörs, 88. Sitzung, 28. Januar 2010:  
„Ihre Schuldveranstaltungen interessieren die deutsche Jugend mit Verlaub einen feuchten Dreck.“
- Udo Pastörs, 88. Sitzung, 28. Januar 2010:  
„Auch was Sie, gestern hier im Schloß wieder veranstaltet haben, war nichts anderes, als dem deutschen Volk ebenso raffiniert wie brutal Ihre Auschwitzprojektionen überzustülpen ...“
- Michael Andrejewski, 96. Sitzung, 9. Juni 2010:  
„Sie sind es, die an der Stelle einer gewachsenen Volksgemeinschaft ein Konglomerat ethnokultureller Kastraten setzen wollen ...“
- Michael Andrejewski, 97. Sitzung, 10. Juni 2010:  
„Würden wir diejenigen von diesen Leuten zurückschicken, deren Arbeitsplätze von Deutschen übernommen werden könnten, von Volksdeutschen, hätten wir keine Arbeitslosigkeit und bräuchten keinen Beschäftigungssektor.“
- Tino Müller, 112. Sitzung, 17. Dezember 2010:  
„Die Vermittlung Ihres Denkens vom Multikultimischmasch, von Geschlechtervereinheitlichung, von Minderheitentoleranz bis zur Selbstaufgabe könnte gerade Kleinkinder nicht nur in ihrer Entwicklung prägen, sondern in diesem Fall geradezu nachhaltig schädigen.“

Zu 3.) Äußerungen, die die europäische Idee und die UNO diffamieren sollen:

- Michael Andrejewski, 56. Sitzung, 20. November 2008:  
In Bezug auf die Vereinten Nationen: „Das ist ja ein Mafiaverein.“
- Udo Pastörs, 90. Sitzung, 10. März 2010:  
„Auf allen Gebieten zwingen die EU-Diktatoren den Völkern Europas einheitliche Standards auf, ohne Rücksicht auf die gewachsene Rechtskultur, völkisches Empfinden oder Ausbildungsstandards ... Wir sind Feinde der EU-Diktatoren und bekämpfen diese.“
- Stefan Köster, 2. Sitzung, 25. Oktober 2011:  
„Unterstützen Sie weiterhin die EU-Diktatur und somit auch den Euro! Schaufeln Sie sich gern Ihr eigenes Grab, das dann letztendlich dafür Sorge tragen wird, dass Ihr politischer Unfug irgendwann hier in Deutschland vom Erdboden verschwunden ist!“
- Tino Müller, 14. Sitzung, 16. März 2012:  
„Die Eurokraten, die den Verwaltern des Monstergewebes UdSSR immer ähnlicher werden ...“

Die demokratischen Fraktionen im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern sind aufgrund der nun sechsjährigen Erfahrung mit der NPD-Fraktion davon überzeugt, dass die NPD die feste Absicht hat, unseren demokratischen Rechtsstaat mit aggressiv-kämpferischen Mitteln abzuschaffen. Den Medienberichten ist zu entnehmen, dass aus Sicht der Antragsteller ausreichend Material für die Einleitung eines Verbotsverfahrens vorhanden ist, das aus öffentlich zugänglichen Quellen stammt und unabhängig von der Arbeit geheimdienstlicher Vertrauenspersonen gewonnen wurde.